

VOEST

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

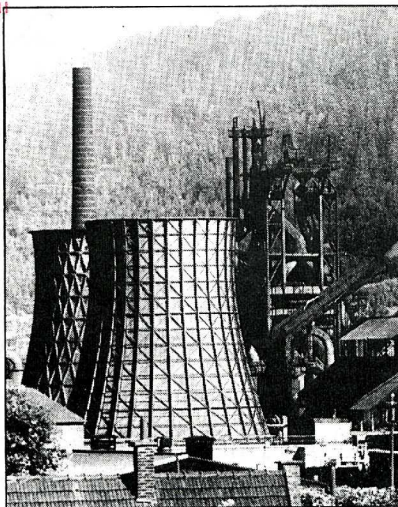
Nr. 8 1986 Preis 5,-

Solidaritätspreis 10,-

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion der KPW/KAL
Kaiserstraße 147/1; A-1070 Wien
524 Fax 01/ 524 63 14
E- gmk.at

NEIN

zum VOEST- Konzept!



VON THOMAS KERSCHBAUM

Das neue Management der VOEST läßt keine Zweifel aufkommen, wer denn nun Opfer für die Sanierung der Verstaatlichten bringen muß. Während die Jahresbilanz der VOEST und das Sanierungsprogramm der neuen Führung auf sich warten lassen, hat der Vorstand bereits Entlassungen von Mitarbeitern angekündigt. Mindestens tausend Angestellte in der Verwaltung sollen entlassen werden. Daß Arbeitskräfte in der Produktion eingespart werden, kann der Vorstand der ÖIAG nicht ausschließen.

Nach dem Spekulationsskandal in der Verstaatlichten und der unwahrscheinlichen Fahrlässigkeit der zuständigen Manager wartet die Bevölkerung auf eine Sanierung der Verstaatlichten. Zweifelsohne wurden dynamische Manager von der Regierung Vranitzky eingesetzt (das bezweifelt niemand), aber: die Sanierung der Verstaatlichten Industrie stellen wir uns anders vor.

Jahrzehntlang diente die Verstaatlichte der Privatwirtschaft als billiger Lieferant, jahrzehntlang wurde ihr die Produktion zukunftssträchtiger Erzeugnisse vorenthalten (zugunsten der Privatwirtschaft). Jetzt, da die internationale Wirtschaftskrise auch die Verstaatlichte gefährdet, sollen die Arbeitnehmer für die Schulden bezahlen. Die Verantwortungsllosigkeit und Fahrlässigkeit der Manager wird aber noch immer mit hohen Prämien und Pensionen belohnt.

INHALT

ENTLASSUNGEN	- 1
GENERAL MOTORS	- 4
SPANIEN VOR 50 JAHREN	- 6
NORDIRLAND	- 10
WOHNUNGSNOT	- 14

EDITORIAL

Nach langer Pause und großen Schwierigkeiten mit Druck und Finanzierung erscheint nun eine neue Ausgabe des VORWÄRTS.

Mit neuem Lay-out und neuer inhaltlicher Gliederung versehen, wird unsere Zeitung in Zukunft mehr Bedacht auf die innenpolitische Situation nehmen als bisher, denn die Politik in diesem Land ist auch jene, die wir ändern können und wollen.

Wir waren uns immer der Bedeutung einer freien und unabhängigen Arbeiterpresse bewußt. Nur sie kann konsequent den Kampf der Arbeiter gegen die wirtschaftliche und politische Macht des Kapitals unterstützen.

VORWÄRTS ist allenfalls ein bescheidener Ansatz zum Aufbau einer solchen Arbeiterpresse, alles andere wäre Selbstüberschätzung. Solange wir aber finanziell und inhaltlich von euch unterstützt werden, werden wir uns auch weiterentwickeln.

Unterstützt uns, indem ihr unsere Veranstaltungen und Diskussionen besucht oder Geld spendet, denn nachdem wir uns selbst finanzieren, ist für uns jeder Schilling notwendig.

Wenn ihr direkt mit uns Kontakt aufnehmen wollt, findet ihr auf der letzten Seite neben Veranstaltungshinweisen und der Nummer unseres Spendenkontos auch eine Kontaktadresse.

Fortsetzung von Seite 1

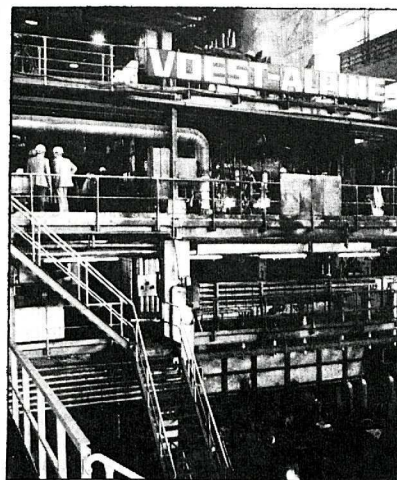
Für die Sanierung der VOEST verläßt man sich auf altbewährte Lösungen: Die Belegschaft der Betriebe wird durch Entlassungen, Frühpensionen und Aufnahmestopp verringert, unrentable Betriebsniederlassungen werden gesperrt und Löhne und Sozialleistungen werden gekürzt. Daß dabei der Staat und vielleicht auch noch eine sozialistische Regierung der Dienstgeber ist, spielt keine Rolle. Auch die "roten" Manager führen die Verstaatlichte wie ein privates Unternehmen.

● Verstaatlichte unter Arbeiterkontrolle!

Durch die Stilllegung mancher Standorte der Verstaatlichten wird die Arbeitslosigkeit rapide ansteigen. Viele Gebiete sind gänzlich von der Verstaatlichten abhängig. Da die Verstaatlichte aber immer noch der Kontrolle der Regierung unterliegt und deshalb nicht rücksichtslos die Rationalisierungen und die Entlassungen durchgezogen werden können, drängen vor allem die Industriellenvereinigung und die ÖVP auf eine Privatisierung der Verstaatlichten. Zum Kauf sollen besonders die gewinnbringenden Teile der Verstaatlichten angeboten werden, dafür könnten sich finanzkräftige Unternehmer schon interessieren. Für die defizitären Betriebe wollen Private keine Verantwortung übernehmen, das ist Sache der Regierung. Die sozialistische Regierung ist schuld - wie immer!

Die Generaloffensive für die Reprivatisierung wirkt auch auf die Funktionäre der SPÖ, Bundeskanzler Vranitzky und sein Spezi Androsch waren ohnehin schon immer dafür.

Die oberösterreichische und die steirische SPÖ befürchten nun, da vielen Arbeitern die Entlassung droht, Einbrüche in den Kernwählerschichten und protestieren gegen die Sanierungspläne. Auch Zentralbetriebsratsobmann Ruhaltinger hat Kampfmaßnahmen angesagt, falls die Betriebsleitung ohne die Zustimmung der Gewerkschaft Entlassungen ausspricht.



Jedoch Bundeskanzler Vranitzky und der neue VOEST - Vorstand bürgen dafür: es wird saniert - auf Kosten der Arbeitnehmer!

Vorstandsdirektor Strahammer erklärte in einem ORF - Interview, daß die VOEST "etwas mehr als tausend Kündigungen" bei der Arbeitsmarktverwaltung anmelden wird. Zusammen mit den Entlassungen in der Produktion stehen bis zu 9500 Kündigungen zur Diskussion (Presse 22. 8. 1986).

Der ÖGB muß sich gegen ein solches Sanierungskonzept zur Wehr setzen, wenn erforderlich auch mit Streik. Die Aufgabe einer sozialistischen Partei ist es, einen massiven Beschäftigungsabbau zu verhindern. Die SPÖ darf ihre Mitglieder nicht vor den Kopf stoßen. An der Spitze der "sozialistischen" Regierung steht ein Mann der Wirtschaft, dem auch die ÖVP ihr Vertrauen ausspricht (was einiges heißen mag). Wann hat man je gehört, daß Vranitzky sich zu sozialistischen Grundsätzen bekannt hätte?

Daß Einsparungen, Abbau von Sozialleistungen, Rationalisierungsmaßnahmen, erhöhter Leistungsdruck oft von Managern mit "rotem" Parteibuch durchgesetzt werden, verbittert natürlich die davon Betroffenen und entfremdet sie von ihren traditionellen Organisationen, SPÖ und ÖGB.

Die Sozialdemokratie muß endlich aufhören, ihre Rolle als "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus" zu spielen und ein entschlossenes Programm im Interesse der arbeitenden Bevölkerung annehmen.

Wir fordern:

- * Statt Kurzarbeit und Entlassungen: 35 - Stunden - Woche für alle Arbeitnehmer ohne Lohnverlust!
- * Statt Sozialabbau: Kürzung der Gehälter der Unternehmensleitung!
- * Demokratische Kontrolle und Verwaltung der staatlichen Betriebe durch Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu gleichen Teilen!
- * Keine Reprivatisierung!
- * Ausarbeitung und Durchführung eines zentralen volkswirtschaftlichen Plans zur langfristigen Regulierung einer krisenfreien Produktion unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!



"Sanierer" F. Vranitzky

Der Artikel wurde einige Tage vor dem Erscheinen des Sanierungskonzeptes der Verstaatlichten geschrieben. Die Fakten haben sich geändert, doch die Aussage wurde durch die Ereignisse bestätigt.

Die Redaktion.

VON ANDREA KOCH

Das "Sanierungsprogramm" der neuen Regierung sieht eine "Gesundschumpfung" des VOEST - Konzerns vor, wobei bis 1990 9400 Mitarbeiter eingespart werden sollen (zwei Drittel davon sollen gekündigt werden, der Rest wird pensioniert).

Um "übermäßige soziale Härten" zu vermeiden, will Bundeskanzler Vranitzky sich um neue Betriebsansiedlungen in den betroffenen Gebieten bemühen und spezielle Investitionsförderungen (für die Privatindustrie) zur Verfügung stellen.

Die Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen, die auch Veränderungen in der Produktion enthalten sollen, soll auch durch Kürzung der freiwilligen Sozialleistungen und der Pensionen und staatliche Subventionen (bis 1990 ca. 21,5 Milliarden Schilling) bewerkstelligt werden.

Außerdem steht Vranitzky Privatisierungsüberlegungen durchaus aufgeschlossen gegenüber.

SPÖ - Parteivorsitzender Fred Sinowatz quotierte grundsätzlich das vorgelegte Sanierungskonzept.

Die Stellungnahmen der ÖVP reichen von "nationale Tragödie" und "Zusammenbruch sozialistischer Verstaatlichtenpolitik" (Graff) bis zur Ankündigung des "Widerstandleistens" (Steiermarks Landeshauptmann Krainer), wobei sicher wahltaktische Überlegungen im Vordergrund stehen.

Der sozialistische Landeshauptmannstellvertreter der Steiermark, Hans Gross und VOEST - Zentralbetriebsratsobmann Franz Ruhaltinger, die kurz zuvor noch erklärt hatten, man werde sowenig wie möglich Entlassungen zulassen, bezeichneten zwar die Kündigungspläne als "nicht akzeptabel", gaben sich aber eher vorsichtig und meinten, man müsse eben noch Verhandlungen führen.

Was bei diesem "Sanierungskonzept" auffällt: Es werden Standorte der Verstaatlichten geschlossen, dafür soll es Investitionsförderungen für die Privatindustrie in den betroffenen Gebieten geben. Wird mit diesem Konzept wirklich saniert oder nur geschrumpft? Wo bleiben die Pläne für grundsätzliche Veränderungen in der Produktion?

Dieses "Sanierungskonzept" mit seinen Privatisierungs- und Kündigungsplänen kann nicht Bestandteil einer sozialistischen Regierungspolitik sein! Wir brauchen uns nichts vorzumachen, die konservative Wende ist bereits eingeläutet - durch die "sozialistische" Regierung unter Bundeskanzler Vranitzky!

en "Vergehen" wurden bei GM schon Leute entlassen) mußten wir den Namen des Arbeiters ändern.

Trotz des Vertragsbruches ist es den Herren von General Motors gelungen, den österreichischen Staat neuerlich um einige hundert Steuermillionen zu erleichtern. Mit diesem Geld und lächerlichen 40 Millionen Schilling an Eigenmitteln wird seit Anfang April dieses Jahres neben dem bestehenden GM Werk die Firma "Rochester Products Austria" errichtet.

Um die heutige Situation im Werk und die Stimmung der Belegschaft aufzuzeigen, haben wir einen Arbeiter von General Motors interviewt.

VON ROBERT SCHIFFLE

GENERAL MOTORS

Das 1982 mit Hilfe von 2,9 Steuermilliarden in Wien - Aspern eröffnete General Motors Werk hat in der Vergangenheit oft für Schlagzeilen gesorgt, einerseits durch die Nichteinhaltung der Verträge mit der Republik Österreich (z.B. arbeiten statt der vertraglich zugesicherten 2750 Beschäftigten noch immer nur ca. 2500 Personen im Werk, was bedeutet, daß jeder Arbeitsplatz den Steuerzahler über eine Million Schilling gekostet hat), andererseits durch die Auseinandersetzungen um die Einrichtung eines Betriebsdatenerfassungssystems (BEES - System) und die damit verbundene Befürchtung einer totalen Überwachung der Belegschaft.

Aus Sicherheitsgründen (wegen ähnlichen

Bürgerkrieg

VON THOMAS KERSCHBAUM

Die IRA wird der britischen Armee militärisch immer unterliegen und die Sinn Fein Partei wird in Parlamentswahlen nie die Mehrheit erringen. Aber durch das Fehlen einer politischen Alternative wird es der IRA gelingen, den Einfluß auf große Teile der Katholiken zu sichern.

Die radikalen Unionisten, die Parteigänger der Official Unionist party und der Democratic Unionist Party, die auch paramilitärische Verbände unterhalten, benützen nunmehr die Besorgnis der protestantischen Bevölkerung, eine Minderheit in einem Vereinigten von der katholischen Kirche und ihrer Moral beherrschten Staat zu werden und als Sündenbock für die katastrophalen wirtschaftlichen Zustände zu dienen, um gegen dieses Abkommen zu mobilisieren und den Haß gegen die Katholiken zu schüren. Die konservative britische Regierung unter Premierministerin Thatcher unterschätzte die Möglichkeiten und Ambitionen der radikalen loyalistischen, zu einer Konfrontation mit der Regierung entschlossenen Politiker und die Unzufriedenheit der nun auch von Arbeitslosigkeit und Armut betroffenen protestantischen Bevölkerung.

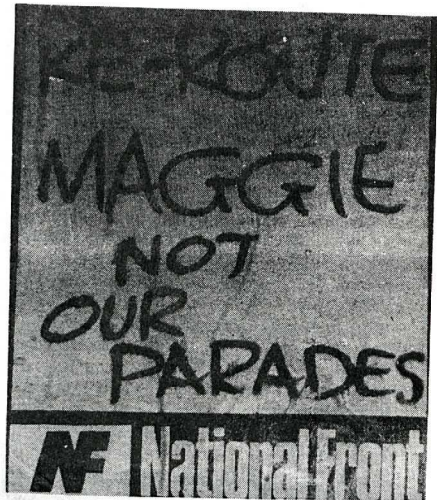
systems und die derzeitigen Eigentumsverhältnisse gewährleisten sollen, führen immer wieder zu sektiererischen Unruhen. Ist bisher die Spaltung der Bevölkerung in verfeindete Religionsgemeinschaften ein bewährtes Mittel zur Erhaltung der Kontrolle Großbritanniens über Irland gewesen, so ist die britische Regierung gegenwärtig bestrebt, die in jeder Beziehung anfallenden Kosten des Irischen Bürgerkrieges gering zu halten. Es liegt sogar im Interesse der besitzenden Klasse Großbritanniens, sich aus Nordirland zurückzuziehen, da die Erhaltung dieses künstlichen Staates zuviele Kosten verursacht, in sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Die sektiererischen Positionen machen die jahrelange beschwerliche Arbeit für die Organisation katholischer und protestantischer Arbeiter in einer Gewerkschaft zunichte. Die Unruhen, die dem Abschluß der Regierungsverhandlungen folgten, gefährden überhaupt die Existenz eines gemeinsamen, nicht konfessionellen Gewerkschaftsdachverbandes.

Seit 1982 wird in Nordirland ein Parlament gewählt, jedoch besitzt dieses keine wirkliche Macht. Die Politik Nordirlands wird auf den Straßen gemacht. Parlamentarier, ob konservativ oder sozialdemokratisch, können den immer wieder aufflammenden Bürgerkrieg, der seit der Besetzung Ulsters 1969 durch britische Truppen an die dreitausend Opfer und unzählige Verletzte gefordert hat, nicht verhindern. Die Maßnahmen der Regierung, die stets die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Gesellschafts-

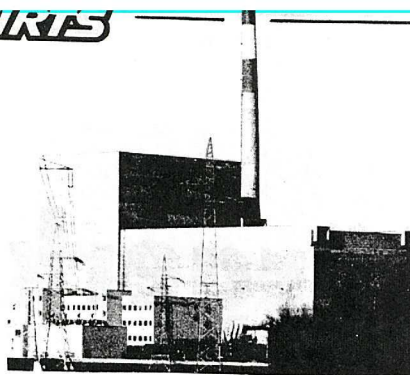


Es gilt nun, die Spaltung der Arbeiterbewegung in Katholiken und Protestanten zu bekämpfen. Die gemäßigten Sozialdemokraten Irlands und Großbritanniens versagen völlig angesichts der sektiererischen Reaktion, weil sie die konfessionelle Spaltung der Arbeiterbewegung akzeptieren. Sozialisten dürfen jedoch den Bruderkampf zwischen katholischen und protestantischen Arbeitern, die letztendlich Gehetzte Opfer derselben Gesellschaftsordnung sind, nicht hinnehmen.



Faschisten unterstützen die Loyalisten National Front Poster in Belfast

Auch dieser sogenannte Religionskrieg hat sozio-ökonomische und historische Ursachen; der Kampf gegen diese Ursachen ist zur Überwindung der Teilung des Landes unerlässlich. Die Verschärfung des Konfliktes muß man in Zusammenhang mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit und der Armut in Irland bringen. Eine Verbesserung ihrer sozialen Lage werden katholische sowie protestantische Arbeiter nur gemeinsam erreichen, deshalb ist die Einigung der irischen Arbeiterbewegung die vordringlichste Aufgabe. Weder eine katholische noch eine protestantische sondern nur eine sozialistische Arbeiterbewegung kann den Kampf für eine Befreiung Irlands erfolgreich führen. Der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft und für die nationale Unabhängigkeit bilden eine Einheit.



1001 TSCHERNOBYL

VON ANDREA KOCH

Es ist rührend, wie besorgt die Politiker um unsere Sicherheit sind. Nach Tschernobyl und vor Wackersdorf zerbrechen sie sich ernsthaft die Köpfe, wie im Falle der Katastrophe die Bevölkerung zumindest teilweise überleben kann. Die Großzügigkeit des Staates geht soweit, daß manche von uns sogar im Atomkrieg einen todsicheren Platz im Bunker hätten.

Wer ganz sichergehen möchte, hat die Möglichkeit, Strahlenschutzhütten -decken und -räume günstig zu erwerben (es gab unmittelbar nach dem GAU diesbezüglich mehrere Anzeigen in einer großen österreichischen Tageszeitung).

Seit Tschernobyl wird unermüdlich in internationalen Kommissionen herumgetagelt, werden Katastrophenpläne ausgearbeitet und Grenzwerte für uns festgesetzt. Frei nach dem Motto "jedem 5. seinen Bunkerplatz" haben 20% der Leute die Aussicht, im Katastrophenfall einen etwas längeren Tod genießen zu dürfen. Wir brauchen uns also keine Sorgen zu machen, für die Katastrophe ist vorgesorgt.

Durch diese Scheinmaßnahmen kann, so wird jedenfalls angenommen, den Arbeitern die Angst vor Atomkrieg und Super - Gau genommen werden, der Friedens- und Öko-Bewegung der Wind aus den Segeln.

Wir dürfen uns nicht täuschen lassen: Katastrophenpläne dienen der Vorbereitung der Katastrophe!

Wir müssen gegen die Verursacher, gegen Rüstung und AKWs auftreten und dürfen nicht glauben, ihren verhängnisvollen Auswirkungen entgehen zu können!

Ein großer Erfolg

Kein Stillstand, sondern Fortschritt in der Mitbestimmung! So feiert der ÖGB die Steuer-senkung, die ab 1. Jänner 1987 in Kraft treten wird. Die Bezieher von niedrigen und mittleren Einkommen sollen durch diese Senkung spürbar entlastet werden. Aber nicht nur die Bezieher kleinerer Einkommen, sondern auch die Bestverdienenden kommen so zu einer Nettoeinkommenserhöhung. Sicherlich sparen sich die meisten Arbeitnehmer ein paar hundert Schilling, aber die Steuer-senkung ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Von einer sozial gerechten Steuerreform kann wohl nicht die Rede sein. Wenn nächstes Jahr die ÖVP an die Regierung kommen sollte, wird diese kleine Reform sicher wieder zurückgenommen werden. Schon jetzt rühmt die ÖVP die Steuerreform der US-Regierung Reagan. Zudem bleiben die Unternehmer Millionen an Steuern dem Staat schuldig. Höhere Preise, weniger Lohn und Kürzung der Sozialleistungen - und schon bleibt von der Steuersenkung nichts mehr übrig. Eine soziale Steuerreform kann nur heißen: höhere Steuern für die Reichen und weniger Steuern für die Mehrheit der Arbeitnehmer. Eine kämpferische Gewerkschaft könnte mehr erreichen!

GM (Fortsetzung)

Willi: Bei GM ist der Betriebsrat kein Arbeitnehmervertreter, sondern ein Instrument der Betriebsleitung, um der Belegschaft ihre Politik schmackhaft zu machen. Zum ersten Mal ist mir das bei der Diskussion um das BEES - System aufgefallen, wo der Betriebsrat Seite an Seite mit der Direktion und dem Werkschutz gegen die Gegner des Systems in der Belegschaft vorgegangen ist. Die Folge war, daß der "harte Kern

der Opposition" gekündigt wurde (natürlich mit Zustimmung des Betriebsrates - die Redaktion) und die mit ihnen sympathisierenden sich aus Existenzangst nicht mehr aufzumucken getrauten.

Sehr fragwürdig war auch das Verhalten des Betriebsrates während des Streiks für die 35 - Stunden - Woche in der BRD. Es wurde zwar ein Solidaritätstelegramm nach Deutschland geschickt, aber gleichzeitig nichts dagegen unternommen, daß die GM - Leitung dort ihre Arbeiter als Streikbrecher einsetzte. Außerdem wurde die Belegschaft überhaupt nicht über die Vorgänge in der BRD informiert.

Auch wenn gerade Lohnverhandlungen laufen, bekommen wir kaum Informationen vom Betriebsrat. Das führt dazu, daß ein großer Teil der Belegschaft die Betriebsversammlungen entweder überhaupt boykottiert oder nach ein paar Minuten verläßt.

Ein weiteres Beispiel dafür, auf welcher Seite der Betriebsrat steht, ist eine von ihm anlässlich der Pensionierung von Generaldirektor Utsch durchgeführte Sammlung im Betrieb. Um dem "armen" Utsch ein Geschenk machen zu können, sollten die Arbeiter um einen Teil ihrer Sklavenlöhne erleichtert werden. Ergebnis der Sammlung: im Motorbau kamen 11,50 ÖS zusammen, im Getriebebau ca. 50 ÖS. Die Sammlung wurde daraufhin eingestellt.

Außerdem möchte ich noch einiges über unsere Werksküche sagen. Der Betreiber unserer Werkskantine, die Firma Eurest, handelt nach dem altbekannten Prinzip, bei geringstmöglichem Einsatz den größtmöglichen Profit abzusahnen. Das dort ausgegebene Essen ist meist ungenießbar und besteht nicht selten aus Resten. Einen Betriebsrat habe ich dort höchstens einmal ein Paar Würstel essen sehen (da kann nicht viel verhaut werden). Die scheinen ja nicht einmal zu wissen, welcher Fraß dort angeboten wird.

Vorwärts: Wir danken dir für das ausführliche Gespräch.

Wir, die SJ-Gruppe ROTE WERKSTATT, treffen uns jeden Freitag um 19 Uhr in der SPO-Sektion Rakstrasse 15, 10. Unsere Kontaktadresse: Andrea Koch Weldengasse 26/1/2/7, 1100 Wien.

Wohnungssuche

Den meisten jungen Menschen bleibt heute die Situation der erfolglosen Wohnungssuche nicht erspart. Susi, alleinstehende Mutter eines zweijährigen Mädchens, beschreibt für VORWÄRTS ihre Erfahrungen mit den Behörden:

Als mein Kind geboren wurde, wohnte ich noch bei meinen Eltern. Ich teilte dort mit meinem Kind ein Zimmer von ungefähr 10 m² Größe. Sonst bestand die Wohnung aus einem Wohn- und einem Schlafzimmer, aus einer winzigen Küche, Bad und WC.

Da tat ich, was wohl jede(r) in dieser Situation getan hätte: ich ging aufs Wohnungsamt. Dort sagte ich nicht nur, daß wir keinen Platz haben, sondern auch, daß meine Mutter und ich ständig streiten, was sicher nicht gut für das Kind ist. Auch daß ich nicht einmal einen Freund haben konnte, weil mich abends niemand besuchen durfte, erzählte ich.

Aber das ist eben Pech und ich bekam dann einige Wochen später, nachdem ein Begutachter des Magistrats die Wohnung meiner Eltern angesehen hatte, eine Ablehnung. Sie wurde damit begründet, daß eine Frau mit Kind noch keine Familie und die Wohnung meiner Eltern doch groß genug sei. Auf der Rückseite des Schreibens waren die Gründe aufgezählt, bei denen ein Anspruch besteht, zum Beispiel Obdachlosigkeit, gesundheitsschädliche Wohnung oder Heirat bzw. Gründung eines Hausstandes, egal wie groß die Wohnung der Eltern ist.

Ich fragte daraufhin einen Herrn aus unserer Bezirkspartei, ob er mir nicht helfen könnte. Nach etwa einem 3/4 Jahr, in dem ich alle ein bis zwei Wochen bei ihm anrief oder ihn besuchte, erschien noch einmal ein Gutachter des Wohnungsamtes. Kurze Zeit später bekam ich einen Besichtigungs- aber keinen Vormerkschein. Ich hatte keine Wahl: entweder diese oder gar keine Wohnung!

Die Wohnung liegt an der Westausfahrt von Wien und ist im 5. Stock - ohne Aufzug! Aber ich muß doch froh sein, daß ich überhaupt eine bekommen habe - oder?

Abschließend noch ein Tip für allein-

stehende Mütter: laßt euch von euren Eltern delogieren. Dann seid ihr obdachlos und habt Anspruch auf eine Wohnung. Ihr könnt aber auch heiraten wie es sich gehört.

NEIN

ZUR KOALITION

Der Kärntner FPÖ-Chef Jörg Haider und seine nationalen "Volksgenossen" feiern ihren Sieg über die Liberalen in der FPÖ. Damit muß auch endlich der SPÖ-Führung klar sein: Keine Koalition mit einer rechtsextremen Partei!

Nach der Wahlniederlage der SPÖ 1983 versprochen unsere SPÖ - Funktionäre - Auch in einer rot - blauen Koalition werden wir sozialistische Politik machen. - Aber während der Koalition gibt es nicht nur einen Rechts-Ruck innerhalb der Partei, sondern viele Reformen der Zeit der Alleinregierung werden zurückgenommen. Die Arbeitslosigkeit stieg auf eine Rekordhöhe: 113.000 Arbeitslose im August 86, um 15.200 mehr als 1985!

Die SPÖ wird die nächsten NR-Wahlen verlieren. Ob 86 oder 87 gewählt wird, ist einerlei. Wir brauchen eine Reform der Partei: Schluß mit den Politiker-Privilegien! Schluß mit der Päckerei mit ÖVP und FPÖ! Wir brauchen eine demokratische SPÖ mit einem sozialistischen Programm! Mit diesem Ziel können wir Arbeitnehmer für die Partei gewinnen und die absolute Mehrheit erreichen!

Auch nach der nächsten Wahl: KEINE KOALITION, WEDER MIT ÖVP NOCH MIT FPÖ!

Impressum

Eigentümer, Medieninhaber und Herausgeber:
Gruppe Rote Werkstatt der Sozialistischen
Jugend Favoriten

Druck: Melzer KG 1070 Wien

Für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Koch

Weldeng. 26/1/7 1100 Wien

Eure Spenden überweist uns bitte auf folgendes Konto: